

04.10.2018

Kleine Anfrage 1553

des Abgeordneten Guido van den Berg SPD

Welche Informationen hat die Polizei zu Bedrohungen gegenüber Zulieferern von Tagebauen durch Extremisten?

Die Rheinische Post berichtet am 28.09.2018 im Artikel: „RWE-Zulieferer erhalten Drohungen“ darüber, dass sogenannte Aktivisten Nummernschilder von Mitarbeitern abfotografieren und in sozialen Netzwerken veröffentlichen würden und es Drohungen und Beschimpfungen per Mail und am Telefon gegen Mitarbeitern von Zulieferfirmen gekommen sei. Über den Kurznachrichtendienst Twitter sei dazu aufgerufen worden, Betriebe, die etwa Hebebühnen stellen, telefonisch unter Druck zu setzen und sie aufzufordern, ihre Geräte zurückzuziehen. Auch der Pressesprecher der Stadt Kerpen sei am Telefon bedroht worden.

Über die Webseite „indymedia.org“ werde zu „Aktionen“ gegen Behörden und Firmen aufgerufen und „Informationen über mögliche Angriffsziele“ veröffentlicht. Dort soll es ferner heißen: *„Und auch die ganzen fast leerstehenden Bullenwachen in NRW und anderen Regionen, die Bullen in den Hambi schicken, sollten sich in Acht nehmen. Wie immer: All Cops are Targets.“* Zudem werde das angebliche Nummernschild des Privatwagens eines Polizeipräsidenten genannt. Der Aufruf ende mit den Sätzen: *„Habt Spaß und lasst Euch nicht erwischen! Die Erde stirbt nicht, sie wird ermordet, und ihre Mörder haben Namen und Adressen.“*

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Fälle zu Bedrohungen gegenüber Zulieferern, Behördenvertretern und Mitarbeitern von Tagebauen sind den nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden bekannt?
2. Haben die Sicherheitsbehörden die Bedrohungsaufrufe auf Webseiten und in „sozialen“ Medien ausgewertet (wenn ja, mit welchem Ergebnis)?
3. Welche Institutionen, Verbände oder Gruppen sympathisieren mit den Bedrohungsaufrufen oder unterstützen diese?

Datum des Originals: 02.10.2018/Ausgegeben: 04.10.2018

4. Welche Strafverfolgungsansätze ergeben sich aus den Bedrohungen?
5. Welcher Schutz wird den von Bedrohungen betroffenen Personen behördenseitig zu Teil?

Guido van den Berg